Fraktions-Chefs auf dem Podium

tok. Neben Doris Leuthard wartet das Pfeffinger Forum mit weiteren illustren Gästen auf. Im Anschluss an das bundsrätliche Referat wird das diesjährige Thema – «Bilaterale = Wohlstand?!» unter den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten der fünf grossen Bundeshaus-Parteien in einer Podiumsrunde diskutiert. Während die Volkswirtschaftministerin unter anderem den bundesrätlichen Standpunkt zu den bilateralen Verträgen darlegen wird, kommen in diesem zweiten Teil unter der Moderation von Forumslei-



Paul Schär, Leiter Pfeffinger Forum



Gabi Huber, Nationalrätin (FDP)



Urs Schwaller, Ständerat (CVP)



Ursula Wyss, Nationalrätin (SP)



Caspar Baader, Nationalrat (SVP)



Therese Frösch, Nationalrätin (Grüne)

ter Paul Schär die Meinungen der fünf grossen Fraktionen in Bundesbern zum Zug. Die Vorteile und Nachteile der bilateralen Verträge für die Schweiz im Allgemeinen, die Chancen, aber auch die Ängste, die mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die Länder Rumänien und Bulgarien im Speziellen verbunden sind, stehen dabei im Fokus der Diskussion. Zu reden geben wird auch, was passiert, wenn die Bilateralen abgelehnt würden. «Das Ziel des Pfeffinger Forums ist es wiederum, einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung beizutragen», betont Paul Schär. Ihn freut besonders, dass Bundesrätin Doris Leuthard wie auch die fünf Parlamentarier während der laufenden Herbstsession von Bern nach Pfeffingen kommen. Dies unterstreicht nicht nur die Bedeutung der Thematik, sondern auch den Stellenwert, den das Pfeffinger Forum in seinem nun 18. Jahr mittlerweilen geniesst.

geben, wo und wie sich das Abkommen auf die Bevölkerung im Birseck auswirkt?

Doris Leuthard: Die Schweiz ist als kleine Volkswirtschaft vom Export stark abhängig. Ein optimaler Zugang auf die Weltmärkte ist für unsere Unternehmen entscheidend. Dazu braucht es klare Handelsregeln und den Abbau von Zollbarrieren und anderen Handelsschranken. Deshalb brauchen wir die WTO. Wenn ein KMU aus Birseck seine Maschine nur mit 20% Zoll nach Indien verkaufen kann, der deutsche Konkurrent lediglich 10% und der italienische gar keinen Zoll bezahlt, hat der Schweizer Produzent das Nachsehen. Gleichlange Spiesse für alle sind Ziel der Doha-Runde

Sie machen sich für einen fairen Welthandel stark. Gibt es für den global tätigen Unternehmer neben ethischmoralischen Überlegungen auch handfeste, wirtschaftliche Argumente, einen fairen Welthandel anzustreben?

Doris Leuthard: Die Doha-Runde will durch den Abbau von Subventionen und Zöllen - den Entwicklungsländern, meist Agrarländer, bessere Chancen bieten. Das hilft in der Bekämpfung der Armut. Zudem stärkt dies mittelfristig deren Kaufkraft, was dann wiederum unserer Wirtschaft zugute kommt. Wenn sich Schweizer Unternehmen ethisch korrekt verhalten punkto Arbeits-, Sozial- und Umweltbedingungen stärkt dies die Marke Schweiz und positioniert sie als verlässliche Partnerin. Fairer Handel, nachhaltige Nutzung der Ressourcen sind das einzig Richtige für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die fortschreitende Globalisierung und Liberalisierung der Wirtschaft bedeutet mehr Wettbewerb. Ist die Schweizer Werkbevölkerung dafür fit genug? Wo liegen unsere Stärken. In welchen Bereichen müssen wir uns steigern?

Doris Leuthard: Die Schweiz steht heute – ähnlich einem Formel-1-Rennen – in verschiedener Hinsicht quasi in der Pole-Position. Das zeigen die diversen Ratings, in denen wir bezüglich Wettbewerbsfähigkeit, Innovation oder Tourismus Plätze ganz vorne

belegen Diese Positionen will der Bundesrat halten und ausbauen: Auf der einen Seite mit unseren aussenwirtschaftspolitischen Instrumenten, bilateralen Freihandelsabkommen mit inzwischen 19 Ländern und unseren Bestrebungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO. Auf der anderen Seite müssen wir unsere Hausaufgaben im Inland machen. Es gibt noch viele technische Handelshemmnisse und Wettbewerbshindernisse zu beseitigen. Im Bereich Infrastrukturen und Gesundheit ist wenig Wettbewerb. So will der Bundesrat etwa im Bereich Briefpost das Monopol lockern. Es ist zudem wichtig, dass wir die Oualität von Bildung und Forschung stetig erhöhen. Unsere gut ausgebildeten Berufsleute, Forscher und Manager erlauben es uns, weiterhin einen hohen Grad an Innovationsleistungen auszuweisen.

Das Pfeffinger Forum steht in diesem Jahr – nicht zuletzt mit Blick auf die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien – unter dem Motto «Bilaterale = Wohlstand». Stimmt diese Gleichung?

Doris Leuthard: Ja. Die Bilateralen bedeuten für Schweizer Unternehmen einen privilegierten Zugang zum erweiterten EU-Binnenmarkt. Durch Abkommen bei Bildung, Verkehr, Arbeitsmarkt, etc. hat die Wirtschaft einen besseren Zugang zum europäischen Markt. Indirekt kann dadurch die Lebensqualität und Beschäftigung der Schweizer Bevölkerung gesichert werden.

Was bringt der Schweiz die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien?

Doris Leuthard: Personenfreizügigkeit mit ausgewählten EU-Staaten, also à la carte, ist nicht zu haben. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält zudem in der Schweiz an. Mit der Ausdehnung auf die beiden neusten Mitgliedstaaten wird das Rekrutierungsfeld für die schweizerischen Unternehmen nochmals erweitert. Umgekehrt können Schweizer Firmen dank der Personenfreizügigkeit ihre Angestellten leichter in ihre Zweigstellen in diesen Ländern entsenden, z.B. für Wartungs- und Montagearbeiten. Rumänien und Bulgarien sind zudem interessante Wachstumsmärkte. in

Jahreshälfte 2008 auf rund 512 Millionen Franken. Das heisst, die Exporte nach Rumänien und Bulgarien sind grösser als die Importe.

denen auch Schweizer Firmen tätig

sind. Der Handelsüberschuss mit den

beiden Ländern belief sich in der ersten

Wie wichtig ist der erleichterte Marktzugang zu diesen Ländern?

Doris Leuthard: Die osteuropäischen Länder verzeichnen derzeit grössere Wachstumsraten als die übrigen EU-Staaten. Das wird sich nicht so schnell ändern. Daher haben wir ein grosses Interesse, dass unsere Exportindustrie diese Entwicklung für sich nutzen kann. Wir verdienen jeden dritten Franken in den Beziehungen zur EU. Lehnt die Schweiz die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ab, greift die Guillotine-Klausel und damit droht das Dahinfallen aller Verträge der Bilateralen I. Damit würden wir diesen vertraglich gesicherten privilegierten Marktzugang verlieren. Das würde den Wirtschaftstandort auf massive Weise schwächen und Arbeitsplätze gefährden.